

Schweiz

Tages-Anzeiger vom 18.09.2004

Bundesrat verteidigt Waffendeal

Der Schweizer Ableger einer deutschen Firma darf Munition aus Tschechien an die saudischen Sicherheitskräfte liefern. Dass diese Menschenrechte verletzen, kümmert den Bundesrat nicht.

Von Bruno Vanoni, Bern

Gewöhnlich kann der Bundesrat Waffenexporte damit rechtfertigen, dass die Schweiz eine eigene Rüstungsindustrie brauche und dass diese zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze auf Verkäufe ins Ausland angewiesen sei. Doch im Fall heikler Lieferungen nach Saudiarabien, die der «Tages-Anzeiger» vor drei Monaten aufgedeckt hat, zählen dieses Argumente nicht.

Vermittlungsgeschäft für 4 Millionen

Denn bei der Neuenburger Lieferfirma Heckler & Koch, die gemäss einem vertraulichen Bundesratsentscheid von Ende März für rund 4 Millionen Franken Kriegsmaterial nach Saudiarabien liefern darf, handelt es sich bloss um ein Aussenbüro der Rüstungsfirma H&K, die ihre Produktion in Süddeutschland betreibt. Und bei den bewilligten Geschäften handelt es sich nicht um Exporte, sondern um bloss «Vermittlungen von Kriegsmaterialien», wie der Bundesrat am Mittwoch in einer noch unveröffentlichten Stellungnahme zu zwei SP-Vorstössen offen gelegt hat. Konkret geht es dabei einerseits um 8000 Ersatz- und Bestandteile für H&K-Gewehre im Wert von 275'000 Franken, die das Neuenburger Büro aus England nach Saudiarabien verkaufen will. Andererseits sollen 23 bis 25 Millionen Patronen im Wert von 3,7 Millionen Franken aus tschechischer Produktion ans saudiarabische Innenministerium vermittelt werden.

Für heikles Ministerium bestimmt

Just dieses Ministerium sah sich in letzter Zeit mit dem Vorwurf konfrontiert, es verletze im Kampf gegen Terroristen und gewaltlose Oppositionelle zunehmend die Menschenrechte. Kommt hinzu, dass Saudiarabien die Todesstrafe häufig anwendet und Folter, Auspeitschungen und die Amputation von Gliedmassen praktiziert. Wegen der zunehmenden Missachtung der Menschenrechte hatte das Aussendepartement (EDA) denn auch während Monaten versucht, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) von der Bewilligung des Waffendeals abzuhalten.

Doch Ende März sprach der Gesamtbundesrat auf Antrag von Wirtschaftsminister Joseph Deiss ein Machtwort - gegen den Willen von EDA-Chefin Micheline Calmy-Rey: Die Aussenministerin wollte nach Saudiarabien keine Waffen mehr exportieren lassen, die im Landesinnern gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt werden können. Defensivwaffen für die Landesverteidigung wie etwa Fliegerabwehr, Kanonen und Feuerleitgeräte, die Schweizer Rüstungsfirmen immer wieder nach Saudiarabien geliefert hatten, sollten hingegen exportierbar bleiben.

Von einer solchen Unterscheidung will der Gesamtbundesrat weiterhin nichts wissen. In seiner Stellungnahme, die am 6. Oktober im Ständerat zur Sprache kommt, rechtfertigt er die bewilligten Vermittlungsgeschäfte mit früher erlaubten Exporten schwerer Waffen. So habe Saudiarabien 1994 für 54 Millionen Franken Kriegsmaterial bezogen und damit «an erster Stelle aller belieferten Länder» rangiert. Im letzten Jahr hat die Schweiz dorthin noch Waffenexporte für 4,8 Millionen Franken bewilligt, vorab Ersatzteile für früher gelieferte Fliegerabwehr. In den Jahren 1999 bis 2002 war bloss noch Kriegsmaterial für jährlich 0,3 bis 0,6 Millionen Franken nach Saudiarabien exportiert worden.

Im Widerspruch zur Aussenpolitik

Angesichts dieser Trends bedeuten die bewilligten 4-Millionen-Deals einen eigentlichen Lieferboom mit so genannten Kleinwaffen - also ausgerechnet auf einem Gebiet, wo sich die Schweiz aussenpolitisch für Handelsbeschränkungen engagiert. Trotzdem zeigt der Bundesrat keinerlei Verständnis für die Forderung der SP, auf die Bewilligungen zurückzukommen und keine Waffenexporte nach Saudi-arabien mehr zuzulassen. Er bezeichnet die beiden Motionen wegen der gesetzliche Kompetenzverteilung zwischen Parlament und Verwaltung teilweise sogar als «unzulässig». Eine Abkehr von der bisherigen Bewilligungspraxis würde «nicht nur das Vertrauen Saudiarabiens in die schweizerische Kriegsmaterialindustrie, sondern ganz allgemein in die schweizerische Wirtschaft schwer beeinträchtigen.»

Die prekäre Lage der Menschenrechte in Saudiarabien würdigt der Bundesrat mit keinem Wort. Er betont nur, dass die Menschenrechte bei Waffenexporten nur eines von fünf gleichwertigen Kriterien seien. Und er macht klar, dass ihm ein anderes Kriterium - die Haltung anderer Länder mit vergleichbaren Exportkontrollen - wichtiger ist: England und Tschechien hätten die Ausfuhr des vermittelten Kriegsmaterials bewilligt; auch Deutschland, Österreich und Schweden lieferten nach Saudiarabien. «Das sind doch alles keine Argumente, nachdem sich die Menschenrechtslage massiv verschlechtert hat», empört sich der Berner SP-Nationalrat Paul Günter. «Dass es nicht einmal um Schweizer Arbeitsplätze, sondern bloss um Vermittlungsgeschäfte geht, ist der absolute Hammer.»